

Petra Pau im Interview: „Mit beiden Beinen im Alltag“

● *Was ist das wichtigste Anliegen der LINKEN im Endspurt vor der Bundestagswahl?*

Petra Pau: Wir gehen in den Bundestagswahlkampf 2017 als Linke auf eigene Rechnung. Wir wollen möglichst stark in den Bundestag einziehen. Das Ziel ist es, für neue Mehrheiten nicht nur im Parlament, sondern vor allem in der Gesellschaft, für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und für Frieden für alle zu kämpfen. Welche Konstellation nach den Wahlen daraus wird, das ist die langweiligste Frage bis zum 24. September. Wir müssen es schaffen, dass Alternativen überhaupt wieder denkbar werden und Menschen ermutigen, sich dafür einzubringen.

● *Hier schließt sich meine Frage an: Reichtum wieder besteuern, monatliche Grundversicherung 1050 Euro und Mindestrente in gleicher Höhe, Kindergeldanhebung auf 328 Euro. Mit diesen Forderungen aus dem Wahlprogramm der LINKEN würden vor allem jene begünstigt, die sozial abgehängt wurden, aber häufig die nationalistische Alternative ankreuzen oder der Wahl fernbleiben. Was ist zu tun, um diese Wähler wieder für DIE LINKE zu erreichen?*

Petra Pau: Sie müssen überhaupt erst einmal erfahren, mit welchen Konzepten der Armutsbekämpfung DIE LINKE antritt, und zwar für Menschen von Stunde null bis ins Alter. Und sie müssen erleben, dass sich im Leben tatsächlich etwas ändert. Wir führen dieses Gespräch heute unmittelbar nach meiner Bürgersprechstunde. Die zwei Stunden waren prall gefüllt mit dem „richtigen Leben“. Der drohenden Zwangsräumung oder der verzweifeltsten Frage: Was kann ich tun, damit mein Kind sich in der Schule nicht schämt, weil ich ihm bestimmte Dinge nicht finanzieren kann, die seine Mitschüler selbstverständlich haben. Wenn die Menschen erleben, dass wir nicht nur am Wahltag für sie da sind, sondern genauso im Alltag, wenn ihnen zum Beispiel Ungerechtigkeiten auf Ämtern widerfahren. Einer Mutter habe ich heute sozusagen beim Jobcenter in Worten „über die Schwelle geholfen“, nachdem ich den dortigen Verantwortlichen gesagt habe: Ich verstehe, dass sie jeden Tag hart arbeiten. Aber ich verstehe nicht, warum ihr das Anliegen dieser Bürgerin nicht sorgfältig geprüft und dafür gesorgt habt, dass sie beispielsweise einen entsprechenden Zuschuss für ihr Kind bekommt. Wenn sie also erleben, dass wir nicht nur Konzepte für die Zukunft

haben, wenn die entsprechenden Mehrheiten dafür da sind, sondern jetzt für ihren Alltag, dann werden sie auch Vertrauen fassen. Deshalb ermuntere ich: Raus auf die Straße ins Gespräch mit den Nachbarn, über den Gartenzaun oder im Hausflur oder aber auch mit dem Kumpel in der Kneipe oder in der Ju-



Margarete Knapp, die im Februar 2017 ihr 105. Lebensjahr vollendet hat, war auf Einladung von Petra Pau Gast in der IGA. Den gemeinsamen Besuch der Internationalen Gartenausstellung hatte ihr die Bundestagsabgeordnete am Geburtstag persönlich in Aussicht gestellt und im August in die Tat umgesetzt.

Foto: Heidi Wagner

gendeinrichtung. Darüber, was sind Alternativen zu den Dingen, die euch stören, euch zum Teil krankmachen, die euch womöglich resignieren lassen. Sich zu erkennen geben als Menschen, die sich engagieren wollen für und mit den Betroffenen.

● *Eine persönliche Frage: Woher nimmst du die Kraft nach all den Oppositionsjahren im Bundestag mit den Scharmützeln um den NSU-Untersuchungsausschuss, nicht ausgelaugt zu sein, sondern weiterzumachen?*

Petra Pau: So seltsam es klingt, selbst eine anstrengende Bürgersprechstunde gibt mir Kraft. Ich sehe, da kommen Menschen zu mir,

die Vertrauen zu mir haben. Die sagen, es mag sein, du kannst vielleicht mein Problem nicht lösen, aber dir vertraue ich es an. In den Bürgersprechstunden gibt es nichts, was es nicht gibt. Ich habe das in meinem Buch „Gottlose Type“ beschrieben: Da kommt ein junger Mann mit seinem allerersten Liebes-

kummer zu mir.

Zugleich muss man als Politikerin die Erfahrung machen, dass man auch krank werden kann. Das ist mir in dieser langen Zeit auch passiert. 2010 bin ich an der Stimme erkrankt. Das war für eine Abgeordnete schon existenziell! Man ist also darauf angewiesen, dass man sich selbst Auszeiten organisiert und Kraft tankt. Und um diese Frage auch gleich zu beantworten: Ja, die Kandidatin Petra Pau hat sich 2017 ein paar Tage Urlaub in ihrem geliebten Allgäu gegönnt und auf ihre Gesundheit geachtet, um hier durchstarten zu können. Aber nebenbei hat sie auch gleich noch die Genossinnen und Genossen im Allgäu im Wahlkampf unterstützt und hofft auf Verstärkung in einer neuen Linksfraktion zum Beispiel durch die Betriebsratsvorsitzende von Nestlé aus dem Allgäu. Sie steht auf einem sehr guten Listenplatz und will so Politik machen, wie ich sie auch verstehe: Nämlich mit

beiden Beinen im Alltag. Ich kann nicht nachempfinden, wie es einer Hartz-IV-Bezieherin geht, die am Monatsende zu viel Monat und zu wenig Geld übrig hat. Aber ich kann mich mit ihrer Situation ernsthaft auseinander setzen und dafür kämpfen, dass es in Zukunft hier gerecht zugeht, dass ihre Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen, dass ihre Kinder das nicht mehr an ihren Bildungschancen und an ihrem Berufsabschluss und schließlich auch noch an ihrem eigenen Rentenbescheid ablesen können. Also: Das Zusammenkommen mit den Menschen ist mein Kraftquell.

● Herzlichen Dank

Das Gespräch führte U.Clauder

DIE LINKE.

macht den Unterschied.

rot-rot-grün in Berlin:

Wir in Berlin zeigen, dass es nicht egal ist, wer regiert. Wir machen ernst im Kampf gegen Miethaie und Spekulanten. Wir investieren in den öffentlichen Dienst und schaffen attraktive Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten. Wir arbeiten gemeinsam an Verbesserungen für alle Berliner*innen

Bezahlbares Wohnen ist Grundrecht!

- Wir haben eine Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften geschlossen: Die Mieten dürfen künftig nur noch um maximal zwei Prozent jährlich steigen und die Modernisierungsumlage wurde auf sechs Prozent begrenzt.
- Im sozialen Wohnungsbau wird es dieses Jahr für 50.000 Haushalte keine Mieterhöhung geben.
- Mieter*innen in Sozialwohnungen bekommen höhere Zuschüsse. Künftig gilt nicht mehr die Kaltmiete als Maßstab, sondern Miete und Nebenkosten zusammen.
- Wir wollen verhindern, dass Häuser in die Hände von Spekulanten fallen. Deshalb unterstützen wir die Bezirke dabei, ihr Vorkaufsrecht zu nutzen und die Häuser selbst zu kaufen.
- Das Wohnungsbauprojekt des Senats läuft an, bei allen Neubauprojekten werden die Berliner*innen stärker miteinbezogen.

Soziale Gerechtigkeit für alle!

- Der Preis für das Sozialticket wurde von 36 € auf 27,50 € gesenkt und ermöglicht mehr Menschen Teilhabe an Mobilität.

- Wir haben den Landesmindestlohn auf neun Euro pro Stunde erhöht.
- Wir setzen uns für gute Arbeit für alle Berliner*innen ein. Deshalb werden im Öffentlichen Dienst und in landeseigenen Unternehmen die sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen abgeschafft.
- Wir haben die zu uns geflüchteten Menschen endlich aus den Turnhallen geholt und bringen sie menschenwürdiger unter.
- Wir haben im letzten Winter in der Kältehilfe sofort 100 weitere Schlafplätze für wohnungslose Menschen eingerichtet.

Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg!

- Lehrer*innen und Erzieher*innen bekommen seit dem 1. Januar mehr Gehalt.
- Wir haben die Bedarfsprüfung für die Kita abgeschafft. Egal, ob die Eltern arbeitslos sind oder arbeiten gehen – jedes Kind hat jetzt einen Anspruch auf einen vollen Kitaplatz.
- Für den Schulneubau und die dringend notwendige Sanierung der Schulen haben wir eine Schulbauoffensive gestartet und verbauen allein dieses Jahr 830 Millionen Euro.
- Die Hochschulen werden besser ausgestattet und bekommen jährlich 3,5 Prozent mehr Geld. Die Befristung von Stellen im Mittelbau der Hochschulen wird zurückgedrängt.

Keine Lust auf Weitzers: DIE LINKE.

DIE LINKE fordert:

Wir in Berlin zeigen es – eine andere Politik ist möglich. Doch vieles lässt sich nur auf Bundesebene ändern. Wir wollen die Jahre des politischen Stillstands im Bund endlich beenden. Für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratisierung und Bürgerbeteiligung brauchen wir auch auf Bundesebene einen echten Politikwechsel.

Die Mietpreisentwicklung muss dauerhaft gebremst werden:

- Wir wollen 250.000 kommunale, gemeinnützige Sozialwohnungen pro Jahr schaffen.
- Spekulationen mit Wohnraum müssen beendet werden.
- Wir wollen eine flächendeckende Mietpreisbremse ohne Ausnahmen und eine Ausweitung des Milieuschutzes.
- Wohnraum darf nicht zweckentfremdet werden, das Zweckentfremdungsverbot muss verschärft werden.
- Wir wollen Mieterinnen und Mieter besser als bisher vor Kündigungen schützen.
- Die Modernisierungsumlage wollen wir ganz abschaffen.

Um Armut strukturell zu unterbinden, müssen die Menschen von ihrer Arbeit leben können und wir brauchen eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro:

- Wir wollen den Mindestlohn ohne Ausnahmen auf 12 Euro anheben, damit das Gehalt zum Leben reicht und eine Rente oberhalb der Grundsicherung erzielt werden kann.

- Wir wollen prekäre Arbeit abschaffen: Befristungen ohne sachlichen Grund, Mini-jobs und Leiharbeit müssen ausgeschlossen werden.
- Rente rauf statt Absturz im Alter: Wir wollen die Rente ab 65, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und mit einer Mindestrente von 1050 Euro vor Armut schützen.
- Wir wollen die Arbeit so umverteilen, dass die einen nicht mehr durch zu viel und die anderen durch zu wenig Erwerbsarbeit krank werden. Wir setzen uns für eine Schließung der Lohnlücke und eine gerechte Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ein.

Gute Bildung darf nicht länger vom Geldbeutel und der Herkunft abhängen:

- Der Bund muss wieder gemeinsam mit den Ländern für einheitliche Bedingungen im Bildungsbereich sorgen.
- Wir fordern mehr Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen und dort unbefristete Stellen.
- Wir wollen die Inklusion voranbringen und inklusive Schulformen, wie die Gemeinschaftsschulen, stärken.

Für einen Politikwechsel im Bund.

DIE LINKE.

*DIE LINKE. Landesverband Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/24009301
Fax: 030/24009260
info@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin
V.i.S.d.P.: Sebastian Koch*

Petra Pau (MdB): Es geht um Artikel 1 Grundgesetz

Wollen wir über Wahlplakate reden? Besser nicht? Also gut, zumindest eines findet derweil in sozialen Netzwerken große Beachtung: „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben!“ Ein Selbstlob der CDU, verdächtig. Und siehe da, es soll ein Plagiat sein. Mit Blick auf den XI. Parteitag der SED sei seinerzeit in der DDR plakatiert worden: „Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben!“ Wie die Geschichte weiterging, wissen wir alle.

Die Wahlprogramme der Parteien sind lang und werden allerorten feilgeboten. Publizisten mühen sich, Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszufinden und über dies und das nach der Wahl zu orakeln. Auch ich wurde wieder und wieder von Journalisten gefragt: „Was halten Sie von Rot-Rot-Grün, Frau Pau.“ Ich habe stets geantwortet: „Das ist eine inhaltsleere Frage. Genauso gut oder schlecht könnten Sie mich fragen: Sind Sie für oder gegen Wetter, Frau Pau?“

Im Kern geht es bei dieser Wahl um zwei Entscheidungen. Die erste lautet: Hat Artikel 1 Grundgesetz künftig noch eine Chance: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wohl bemerkt: Aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen, und nicht nur der Deutschen und Weißen. DIE LINKE ist dafür. Andere Parteien teilen Menschen in erster, zweiter oder dritter Klasse ein. Sie rauben

vielen damit ihre Würde, de jure und de facto.

Damit sind wir bei der zweiten Entscheidung. Die Würde von jeder und jedem braucht eine soziale Basis. Dabei scheiden sich die Geister. „Der soziale Kuchen ist begrenzt“, sagen die einen. Also müssten „Schmarotzer“ vom gemeinsamen Mahl ausgeschlossen werden. „Das Sozialbrot ist zu klein, weil allzu viele ihre Zutaten verweigern“ und das auch dürfen. Deshalb fordert DIE LINKE eine Millionärs- und Reichensteuer. Auch darum geht es am 24. September.



Benennung des Lili-Grün-Weges am 30. August. Petra Pau ließ es sich nicht nehmen, dabei zu sein, mit Vertreterinnen der dort Wohnungen bauenden Firma, Vertretern aus BVV und Bezirksamt. Anke Heimberg, Literaturwissenschaftlerin (links im Bild), stellte das Leben von Lili Grün, der österreichischen Schauspielerin und Schriftstellerin, vor, die 38-jährig im Jahr 1942 im Vernichtungslager Maly Trostinec ermordet wurde.

Eine Lesung über das Leben und aus Werken Lili Grüns gibt es am 19. Oktober 2017, 15 Uhr, Frauentreff HellMa, Marzahner Promenade 41, 12679 Berlin
Fotos: Y. Rami

Erinnerung an Dorothee und Harald Poelchau

Vor 25 Jahren wurde die frühere Karl-Marx-Straße in Berlin-Marzahn in Poelchaustraße umbenannt. In einer öffentlichen Veranstaltung wird nun am **18. September eine dort errichtete Stele übergeben, die an Dorothee Poelchau (1902–1977) und Harald Poelchau (1903–1972) erinnert.** Beide halfen zwischen 1933 und 1945 mit Mut, Wachsamkeit und meist illegal Angehörigen von Gefangenen, Juden und anderen Verfolgten. Harald Poelchau war von 1933 an evangelischer Gefängnispfarrer in Tegel, Plötzensee, Moabit und weiteren Gefängnissen und begleitete dort Inhaftierte des deutschen und ausländischen Widerstands, u. a. der Roten Kapelle, des Kreisauer Kreises und des 20. Juli 1944. Vielen stand er bis in ihre letzten Stunden zur Seite und wurde Zeuge von etwa tausend Hinrichtungen. Beide wurden 1972 von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem als Gerechte unter den Völkern geehrt. Harald Poelchau war ab 1951 der erste Sozialpfarrer der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Ziel der Initiatoren des Erinnerungsprojekts ist es, über die Namensgeber, die keinen biografischen Bezug zur Poelchaustraße haben, zu informieren und an ihre gelebte Menschlichkeit und Zivilcourage zu erinnern. Das Ökumenische Forum Berlin-Marzahn e.V. übernahm die Trägerschaft. Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf und das bezirkliche

Bündnis für Demokratie und Toleranz wurden als Kooperationspartner gewonnen. Schulen und Gruppierungen des Stadtteils konnten einbezogen werden. Die Veranstaltung zur



Übergabe wird vom Victor-Klemperer-Kolleg nachdrücklich unterstützt. Das Projekt, insbesondere der Text der Stele und eines begleitenden Faltblatts, wurden mit den Kindern der Poelchaus abgestimmt. Finanzielle Unterstützung mehrerer Institutionen und Einzelpersonen ermöglichten die Herstellung der Stele und des Faltblatts.

Die Veranstaltung zur Übergabe der Stele wird zwei Teile haben:

Ab **14.00 Uhr** ist Gelegenheit für Begegnungen und Gespräche der Gäste im Victor-

Klemperer-Kolleg (Martha-Arendsee-Straße 15). Ab 14.45 Uhr gibt es dort ein vielfältiges Programm mit Beiträgen von Schülerinnen und Schülern, mit Grußworten – u. a. des Sohnes Harald S. Poelchau aus den USA – und mit einem Referat von Dr. Christian Stäblein, Propst der Evangelischen Kirche. Es soll an das Wirken und die Handlungsmotive der Poelchaus erinnert und nach ihrer Bedeutung für die heutige Gestaltung demokratischer Prozesse im Gemeinwesen gefragt werden.

Daran schließt sich etwa **ab 16.30 Uhr der Übergabeakt am Ort der Stele** (Poelchaustraße, Ecke Märkische Allee) an, bei dem u. a. eine Sprecherin des bezirklichen Bündnisses für Demokratie

und Toleranz sowie die Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle reden werden.

Zur Veranstaltung wurden auch Nachfahren von Angehörigen mehrerer Widerstandsgruppen, Vertreter von bezirklichen und Berliner Einrichtungen der Gedenk- und Erinnerungsarbeit sowie Personen, die den Poelchaus beruflich und privat verbunden waren, eingeladen.

Arbeitsgruppe Erinnerungsprojekt Poelchaustraße in Marzahn in Trägerschaft des Ökumenischen Forums Berlin-Marzahn e.V.

SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG IST EIN MENSCHENRECHT

Am 16. September 2017 findet in Berlin-Mitte erneut ein „Marsch für das Leben“ statt.

Christlich-fundamentalistische sowie rechtsnationale Gegnerinnen und Gegner des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung fordern dort das totale Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen - in Deutschland und Europa. Diese Kräfte treten außerdem ein gegen die heutige Vielfalt von Lebensentwürfen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten. Sie wollen Mädchen und Frauen jedes Recht auf Selbstbestimmung nehmen und hetzen gegen Gleichstellung.

Das nehmen wir nicht unwidersprochen hin und organisieren deshalb als Protest diesen Aktionstag unter dem Motto „Solidarität und Vielfalt“, bei dem Aufklärung, Information und Diskussion im Mittelpunkt stehen. Wir rufen alle demokratischen Kräfte, alle Menschen, die für eine tolerante Gesellschaft und für eine wahre Gleichberechtigung stehen, auf, sich unserem Protest wenige Tage vor der Bundestagswahl anzuschließen.

Wir wollen dem reaktionären Aufmarsch und dem wachsenden gesellschaftlichen Einfluss christlicher Fundamentalisten, Fundamentalistinnen und Parteien wie der AfD am 16. September stark und bewusst entgegenreten. Unterstützt uns mit eurer Teilnahme!

Der Aktionstag beginnt 12.00 Uhr am Brandenburger Tor mit einer Auftaktkundgebung. Unsere Demo führt uns zum Lustgarten.

#ichentscheideselbst

#berlin4choice

Facebook: <https://www.facebook.com/events/187794938291603/>



NEIN beim Volksentscheid: Tegel schließen!

„Danke, Tegel. Es reicht.“ Das ist nicht nur der Name einer Bürgerinitiative im Berliner Norden, sondern bringt unsere Haltung zu Tegel auch ziemlich gut auf den Punkt. Tegel wurde

aus der Not heraus geboren, zu einer Zeit, in der Westberlin eingemauert war. Heute würde schon aufgrund der enormen Sicherheitsrisiken niemand mehr einen Flughafen mitten in der Stadt bauen oder genehmigen. Ursprünglich für sieben Millionen Fluggäste pro Jahr ausgelegt, fertigt er mittlerweile das Dreifache pro Jahr ab und pfeift längst

auf dem letzten Loch: marode Leitungen, Technik aus den 1970er Jahren und ein veraltetes Brandschutzsystem. Dieser Zustand ist für die Fluggäste und die Angestellten nicht länger tragbar und ein zunehmendes Sicherheitsrisiko. Ein vollständiger Kollaps des Flughafens ist nur eine Frage der Zeit.

Trotzdem wollen die rechten Oppositionsparteien, allen voran die FDP, dass Tegel entgegen früherer Beschlüsse auch nach Eröffnung des neuen Flughafens BER offen bleibt. Da sie sich damit auf parlamentarischem Weg

nicht durchsetzen konnten, hat die FDP nun einen Volksentscheid über den Weiterbetrieb von Tegel herbeigeführt. Dabei weiß die FDP ganz genau, dass Tegel schon aus juristi-

des neuen Flughafens BER geschlossen wird. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass bei einem Weiterbetrieb zahlreiche Anwohnerklagen zu erwarten wären. Auch der

BUND und der Flughafen Eberswalde-Finow haben bereits angekündigt, Klagen zu prüfen.

Aber nicht nur die rechtlichen Grundlagen, auch die hohen Kosten sprechen gegen die Offenhaltung von Tegel. Bei einem Weiterbetrieb müsste massiv in die veraltete Infrastruktur investiert werden. Niemand kann sagen, wieviel Milliarden die notwendige Grundsanierung der Gebäude und der Start- und Landebahnen kosten würde. Die Steuergelder der Berlinerinnen und Berliner

werden aber dringend für Schulen, Straßen und Krankenhäuser gebraucht.

Mit der Schließung von Tegel wird Berlin nicht verlieren, sondern viel gewinnen: Flächen für den sozialen Wohnungsbau, Räume für eine Hochschule und innovative Unternehmen und nicht zuletzt eine neue grüne Lunge in unserer wachsenden Stadt.

Deshalb: Danke, Tegel. Es reicht. Und am 24. September beim Volksentscheid mit NEIN stimmen.

Diana Buhe, Pressesprecherin LV DIE LINKE



schen Gründen nicht offen bleiben kann und Berlin darüber auch gar nicht alleine entscheiden kann. Dafür wäre die Zustimmung der anderen Anteilseigner, Brandenburg und Bund, nötig. Beide haben das bereits abgelehnt. Trotzdem betreibt die FDP mit dem Thema weiter schamlos Stimmungsmache für ihren eigenen Wahlkampf. Die 300.000 vom Fluglärm geplagten Berlinerinnen und Berliner sind dabei anscheinend egal. Ihnen wurde vor über zehn Jahren versprochen, dass Tegel sechs Monate nach der Eröffnung

Dr. Manuela Schmidt (MdA): Ein spannendes Stück Geschichte

Man kann die Überschrift förmlich sehen: „Marzahn – gebaut auf Schei.“ So oder so ähnlich würde die Zeitung mit den vier großen Buchstaben über die gewonnenen Erkenntnisse unseres gestrigen Kiezspaziergangs berichten. Dass dem natürlich nicht so ist, dazu gleich mehr.

„Auf den Spuren der Geschichte Marzahns“ lautete das Motto des Spaziergangs und deshalb trafen wir uns mit 30 interessierten Bürgerinnen und Bürgern zunächst im Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf, welches jedem, der mehr über die Geschichte des Bezirkes erfahren möchte, wärmstens ans Herz gelegt sei. Frau Ifland, engagierte Leiterin des Museums, gab uns einen Rundblick über die historische Stadtentwicklung, von der früh- über die neuzeitliche Besiedlung im 19. Jahrhundert bis hin zur Gegenwart und der Entwicklung der Großsiedlung. Während sich die Dörfer Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf und das heutige Alt-Marzahn in dörflicher Struktur entwickelten, orientierten sich der Straßenaufbau und die Infrastruktur der Großsiedlung an den Riesefeldern, die zum Ende des 19. Jahrhunderts entstanden. Diese waren notwendig, um die Abwässer aller Art aus den damaligen Berliner Stadtgrenzen bewältigen und abführen zu können. Also eine recht notwendige Entscheidung und alles halb so schlimm. Aber natürlich kann man sich als geneigter Beobachter vorstellen, wie ein Boulevardblatt das kommunizieren würde, um seine Klischees bedienen zu können.



Der Kiezspaziergang begann im alten Dorfkern Marzahn vor der Kirche und führte auch zur Bockwindmühle.

Fotos: M. Zwerschke / H. Wagner



Zurück zum Wesentlichen: Nach dem Besuch des Museums ging es weiter zum ältesten Friedhof Marzahns. Direkt an der Landsberger Allee wurde 1893 feierlich – die Wortwahl liegt im Auge des Betrachters – der neue Friedhof eingeweiht, nachdem der alte direkt an der Dorfkirche 1889 aus Platzmangel geschlossen werden musste. Keine hundert Jahre später fand aber auch auf dem neuen Friedhof die letzte Bestattung statt. Seitdem liegt die parkähnliche Anlage im Dornröschenschlaf und ist vielen Bewohnerinnen und Bewohnern unbekannt. Von der früheren Kapelle ist nichts mehr zu sehen und die Grabsteine versinken im Boden. Vielleicht wäre es ganz schön, wenn die Anlage ein wenig mehr Beachtung finden würde. Eine geschichtliche Aufarbeitung scheint sinnvoll und auch ein wenig gärtnerische Pflege wäre wünschenswert.

Unsere letzte Station führte uns zum Müller an der Mühle Marzahn. Und auch der Müller ist ein wahres Original. Es gibt wenige, die mit so viel Leidenschaft und Hingabe ihrer Arbeit nachgehen. Die Begeisterung, die er versprüht, wenn es um das Handwerk geht und aktuell auch um die Sanierung der Flügel an der Mühle, ist einmalig. Daher sei den Leserinnen und Lesern das Alt-Marzahner Erntefest am 9. und 10. September empfohlen. Dort können Sie selber auf den historischen Spuren Marzahns wandeln oder einfach nur ein Brot beim besten Müller der Stadt kaufen. Und im kommenden Jahr werden wir wieder gemeinsam geheime Orte in Marzahn Mitte bei neuen Kiez-

spaziergängen entdecken.

Doch jetzt geht es erst einmal in die Haushaltsberatungen für die Jahre 2018 und 2019, wichtiger Meilenstein für die Entwicklung in Berlin und natürlich auch für Marzahn-Mitte.

Tag der Regional- und Heimatgeschichte

Der Heimatverein Marzahn-Hellersdorf e.V. hat auch für dieses Jahr einen interessanten Tag der Regional- und Heimatgeschichte von Marzahn-Hellersdorf vorbereitet.

Am 15. Oktober 2017 können sich die Besucher in vielen interessanten Vorträgen über Frauengeschichte und -geschichten des Bezirks in Vergangenheit und Gegenwart informieren. Die einzelnen Beiträge werden sich u.a. mit der Geschichte der Frauen um 1900 beschäftigen, es wird der Anteil der Frauen am Widerstand gegen die Naziherrschaft gewürdigt. Die Stellung der Frau in der DDR wird beleuchtet und natürlich geht es auch um Geschichten von Frauen während des Umbruchs in der DDR in der Zeit 1989/90 und danach.

Die Veranstaltung findet am 15. Oktober 2017 von 10.00 bis 16.00 Uhr im Kulturforum Hellersdorf, Carola-Neher-Straße 1, 12619 Berlin statt. Der Veranstaltungsort ist gut zu erreichen mit der U-Bahn-Linie 5 Richtung Hönow bis zur Haltestelle Kienberg/Gärten der Welt.

Für ein Imbiss- und Getränkeangebot wird gesorgt. Die Veranstalter würden sich sehr über viele interessierte Besucher und Zuhörer freuen.



Die Friedenstaube fliegt links

der daunensanfte Vogel hat eine Doppelgängerin mit unsichtbaren Falkenkrallen für Auslandseinsätze der Bundeswehr
Beute: immer mehr Macht

es gibt einen Unterschied die Pseudofriedenstaube fliegt rechts

Jürgen Riedel

Aus den Siedlungsgebieten:

Petra Pau - nicht nur in Wahlkampfzeiten dicht bei den Menschen!

Es ist wieder Bundestagswahlkampf. Die politischen Parteien werben mit Plakaten, mit Briefen an die Bürgerinnen und Bürger sowie an Informationsständen um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Für DIE LINKE wirbt die Abgeordnete des Deutschen Bundestages und erneute Direktwahlkreiskandidatin Petra Pau um die Erststimmen zur Bundestagswahl. Petra Pau ist schon immer dicht an den Problemen der Menschen dran. Als Bezirksverordnete in Hellersdorf, als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und seit 1998 als Mitglied des Deutschen Bundestages. Immer setzte sie sich für soziale Gerechtigkeit, eine wirkliche Friedenspolitik und gegen Rassismus sowie für Völkerverständigung ein. Sie wirkt für die Aufklärung des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes. Dabei steht sie für die Forderung, auch die Verantwortung staatlicher Stellen dringend aufzuklären und solche Strukturen wie den NSU künftig zu verhindern. Und sie zeichnet sich über die vielen Jahre als Politikerin durch ihre Bodenständigkeit und die Nähe zu den Menschen aus. Bei Besuchen in den Stadtteilzentren in Kaulsdorf, in Biesdorf oder in Mahlsdorf, beim Ringen um die Weiterentwicklung des Schlosses in Biesdorf oder den Bemühungen der Bürgerinitiative in Mahlsdorf-Süd. Immer ist Petra Pau dabei, Probleme aufzunehmen, zu analysieren und bei der Lösung zu helfen. Durch ihre ruhige und sachliche Art gelingt ihr das oft auch über Parteigrenzen hinweg. So war Petra Pau auch am 9. Juli dieses Jahres wieder bei dem seit 18 Jahren durch das Unternehmerportal, den Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN)



Geburtstagsfeier für Monika Ehrhardt auf der Parkbühne Biesdorf mit dem „Traumzauberbaum“, zu dem ihr verstorbener Ehemann Reinhard Lakomy die Musik komponierte und sie die Texte schuf. Unter den Gratulanten auch Petra Pau. Foto: H. Wagner

und das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mario Czaja, veranstalteten Familienfest vor Ort. Sie stellte sich den Fragen der Gäste des Festes und regte zum Mitmachen und Nachdenken an. Ob es sich um die Wasserproblematik in den Siedlungsgebieten, die Entwicklungen rund um den Bahnhof Mahlsdorf, einen Standort für die Bürgerinitiative in Mahlsdorf-Süd, die künftige Entwicklung des Schlosses in Biesdorf, des Theaters am Park oder die Erhaltung der Kleingartenanlagen im Bezirk handelt, immer bemüht sie sich im Zusammenwirken mit Bezirkspolitikern und Landespolitikern um Lösungen. Und Petra Pau macht immer wieder Löhne und Arbeitsbedingungen, Rente und Gesundheitsversorgung zu ihrem Thema. Die Löhne müssen für ein gutes Leben und für eine spätere existenzsichernde Rente ausreichen. DIE LINKE steht für gute Arbeit für alle! Auch die Kosten für ein Grundstück, für die Erhaltung des Hauses und für die Verbindlichkeiten gegenüber Banken müssen aufgebracht und gesichert werden. Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung unterstützt Petra Pau in ihrem Wahlkampf und nimmt ihre Anregungen und Vorschläge in der kommunalen Arbeit auf. Und Petra Pau trägt unsere Probleme in den Deutschen Bundestag. Ich wünsche Petra Pau, dass sie ihr Direktmandat verteidigt und dass sie auch weiterhin als unsere Abgeordnete für eine andere soziale Politik eintreten kann.

Klaus-Jürgen Dahler, Bezirksverordneter

DGB Ost: Wahlforum 2017

Den etablierten demokratischen Parteien wurde am 23. August im Kreis von hundert Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte in der Marzahner Promenade von Gewerkschaftsmitgliedern „auf den Zahn gefühlt“. Platzmangel bereits eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn und Dagmar Poetzsch, die DGB-Kreisvorsitzende, in positiver Erklärungsnot. Leider hatte sich die eingeladene CDU-Politikerin, Berliner Landeschefin und Bundeskulturstaatsministerin Professorin Monika Grütters, entschuldigen lassen. Dafür war die nicht eingeladene AfD-Spitzenkandidatin mit einigem Gefolge im Raum und beschwerte sich über ihre „undemokratische Ausladung“ durch den DGB – was die Anwesenden verwunderte, kommen doch die Gastgeber (Gewerkschaften) im AfD-Programm gar nicht vor. Im DGB-Konsens zusammengestellt waren die Fragen des Moderatorenpaares, zweier Treptow-Köpenicker ver.di-Jugendlicher. Die jungen Männer an der Seite Petra Paus stimmten mit ihr in wesentlichen Positionen überein – gleichwohl haben deren Parteien, SPD und Bündnis 90/Grüne, infolge ihrer Politik an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Etliche Teilnehmer machten ihrem Unmut Luft und brachten den allgemeinen Vertrauensverlust zum Ausdruck. Die Atmosphäre war spannungsgeladen. Für die Wahl am 24. September lässt das so einiges erwarten.

Bernd-R. Lehmann

IG BAU; Vorstandsmitglied des DGB-KV Ost

Kein Geld für die Hönower Weiherkette?

Die Zukunft der Hönower Weiherkette war schon mehrfach Thema. Angeregt durch Planungswerkstätten in diesem Jahr, denen noch eine dritte folgen wird, und im Rahmen des Bürgerhaushalts kamen Forderungen nach verstärkten Maßnahmen zur Verbesserung des Erholungswertes der „HWK“ auf. Eine symbolische Summe von 20 000 Euro wäre dafür aber viel zu gering und ungenau. Davon unterscheiden sollte man Kompensationsmaßnahmen aus dem Bebauungsplan 10-56 für den CleanTechBusinessPark sowie notwendige investive Maßnahmen im Gebiet zur Stabilisierung des Wasserdargebots in den nächsten Jahren, beispielsweise in Zusammenarbeit mit ansässigen Wohnungsunternehmen bzw. weiteren Anliegern. Die sogenannten Kompensationsmaßnahmen aus dem „Clean-Tech“-Gelände sind wie „echte“ Ausgleichsmaßnahmen zweckgebunden, unter anderem:

- Ruderalwiesen und Hochstaudenfluren in der Hönower Weiherkette als Lebensraum für Steinschmätzer und Braunkehlchen erhalten sowie Herstellung von optimalen Habitatstrukturen für die beiden Vogelarten auf 4 Teilflächen im LSG,
- Zurückschneiden vorhandener Gehölze,
- Rodung von Pappelwäldchen,
- Auslichten und Rückschnitt der vorhandenen Hochstaudenvegetation,
- Pflegemaßnahmen: 1- bis 2-malige Mahd im Jahr (Ende Juli, Oktober) mit Abfuhr des Mahdguts (für einen Zeitraum von zehn Jahren).

Zuständig für die Umsetzung sind der Fachbereich Grünflächen bzw. die untere Naturschutzbehörde im Bezirksamt, für zehn Jahre sind die Aufgaben finanziell aus dem dafür vorgesehenen Fonds abgesichert. Um die Pflege großflächig zu sichern, wurde und wird ja bekanntlich auch über die Beweidung von Flächen z.B. durch Schottische Hochlandrinder diskutiert.

Darüber hinaus gehende Maßnahmen (wie Wege, Bänke, Ordnung und Sauberkeit etc.) müssen im Rahmen der Haushaltsdurchführung aus den für die nächsten Jahre etwas erhöhten Mitteln für die Grünflächenunterhaltung getragen werden. Von Bezirksstadtrat Johannes Martin (CDU) müssen wir das einfordern.

Frank Beiersdorff

Kleine Wahlhilfe

zur Bundestagswahl und zum Volksentscheid

Was ist die Erststimme?

Mit Ihrer Erststimme wählen Sie die Direktkandidatin / den Direktkandidaten der LINKEN in Ihrem Wahlkreis. Wenn Ihre Kandidatin oder Ihr Kandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen kann, dann ist sie/er direkt in den 19. Deutschen Bundestag gewählt.

Was ist die Zweitstimme?

Mit Ihrer Zweitstimme wählen Sie die Landesliste der Partei DIE LINKE. Berlin. Diese Liste benennt eine Reihe von Kandidatinnen und Kandidaten, die unsere Partei in den Deutschen Bundestag entsenden möchte, um dort die Politik mitzugestalten.

Je nachdem wie viele Stimmen DIE LINKE bekommt, können entsprechend viele in den 19. Deutschen Bundestag einziehen. Bei der Listenplatzvergabe haben die ersten Listenplätze die beste Aussicht auf den Sprung ins Parlament.

Worum geht es beim Volksentscheid?

Parallel zur Bundestagswahl gibt es auch einen Volksentscheid. Zur Abstimmung steht die Frage, ob der Flughafen Tegel entgegen früherer Beschlüsse weiterbetrieben werden soll. Der Abstimmungstext beinhaltet jedoch lediglich eine allgemeine Aufforderung an den Senat und hat damit keine

für das Parlament bindende Wirkung. Nur ein konkretes Gesetz kann in Kraft treten und umgesetzt werden.

Was empfiehlt DIE LINKE?

Ein Weiterbetrieb von Tegel wäre für unsere Stadt finanziell, rechtlich und mit Blick auf die krankmachende Lärmbelastung der 300.000 betroffenen AnwohnerInnen unverantwortlich. DIE LINKE. Berlin ruft alle BerlinerInnen auf, beim Volksentscheid mit NEIN zu stimmen.

Kann ich auch beim Volksentscheid per Brief abstimmen?

Ja! Auch beim Volksentscheid kann per Briefwahl abgestimmt werden. Mit den Unterlagen für die Briefwahl, bekommen Sie auch die Abstimmungsunterlagen für den Volksentscheid. Diese stecken Sie zusammen mit dem Wahlschein für die Bundestagswahl in EINEN Umschlag und schicken ihn zurück.

DIE LINKE.

www.dielinke.berlin

Protest gegen rechten Aufmarsch



Mit originellen Plakaten nahmen Berlinerinnen und Berliner, unter ihnen Petra Pau, am Protest gegen einen Aufmarsch Rechter in Spandau teil. Nazis hatten einen Gedenkmarsch angemeldet. Viele Bürgerinnen und Bürger waren dem Aufruf zum Gegenprotest gefolgt, nach dem Motto: 30 Jahre Spandau nazifrei!

Foto: H. Wagner

Briefwahl leicht gemacht

Sie sind am 24. September verreist und nicht in Berlin? Sie müssen an dem Tag arbeiten oder wollen aus anderen Gründen jetzt schon DIE LINKE wählen? Das geht - per Briefwahl!

Wie kann ich Briefwahl beantragen?

Sie haben drei Möglichkeiten:

- Sie können Ihre Unterlagen im zuständigen Bezirkswahlamt in Ihrem Bezirk persönlich beantragen und abholen, dort können Sie aber auch direkt vor Ort gleich Ihre Stimme abgeben.
- Sie können einfach den auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigungskarte aufgedruckten Antrag ausfüllen und schicken den Brief dann zurück.
- Sie können die Unterlagen auch elektronisch beim Bezirkswahlamt anfordern.

Wann kann ich die Unterlagen beantragen?

Sie müssen nicht zwingend die Wahlbenachrichtigung abwarten, sondern können die Unterlagen sofort beantragen oder direkt zur Abstimmung ins Wahlamt gehen. Der Antrag kann bis zum 22. September gestellt werden.

Wie funktioniert Briefwahl?

Sie bekommen den Stimmzettel per Post nach Hause geschickt, füllen ihn dort in aller Ruhe aus und schicken ihn anschließend per Post wieder an das Wahlamt zurück.

Was muss ich ankreuzen?

Sie bekommen einen Wahlschein, die amtlichen Stimmzettel, ein Merkblatt und zwei Umschläge (rot und blau).

1. Briefwahlunterlagen aus dem Umschlag nehmen und ganz in Ruhe Ihrem Wunsch entsprechend die Kreuzchen bei der Erst- und Zweitstimme machen.
2. Den Stimmzettel für die Bundestagswahl UND den Stimmzettel für den Volksentscheid zusammen in den beiliegenden blauen Wahlumschlag stecken. Zukleben.
3. Den weißen Wahlschein unterschreiben, damit das Amt weiß, wer gewählt hat. Niemand kann aber erkennen, welche Partei angekreuzt wurde!
4. Den weißen Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den roten Umschlag stecken. Zukleben.
5. Den roten Umschlag (auch ohne Briefmarke) in den Briefkasten werfen und ans Wahlamt zurückschicken oder persönlich dort abgeben.

DIE LINKE.

www.dielinke.berlin



CDUrnengang

Wahlversprechen beigesetzt
am Tag danach

Janina Niemann-Rich

Ausstellung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» **22.9.**, 19 Uhr, Finissage der Ausstellung mit Arbeiten von Gerd Fontagné. Die Ausstellung ist bis zum 22.9.2017 im Büro zu sehen; Kiezbüro Kristian Ronneburg (MdA), Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Alt-Marzahner Erntefest

» **9.9./10.9.**, jeweils von 10 - 18 Uhr im Dorfkern Alt-Marzahn, 12685 Berlin, ist DIE LINKE mit Stand dabei.

Hey, wer schreitet da rechts aus?

» **22.9., 20 Uhr**, Freizeitforum Marzahn, Arndt-Bause-Saal, **Gina Pietsch** erinnert mit Majakowski, Jewtuschenko, Heine, Tucholsky, Theodorakis, Degenhardt an die **Oktoberrevolution 1917**, Kartenvorverkauf (Eintritt 10 Euro) unter 030 5427091/ticket@freizeitforum-marzahn.de

Wahlabend am 24. September

» **24.9., ab 17.45 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, am **Wahlabend** gemeinsam **warten ... auf die Wahlergebnisse, Online-Berichte** - wer nicht zu Hause allein bleiben will, ist herzlich eingeladen.

Wieder mal ins Metropol?

» **7.10., 15 Uhr**, Freizeitforum Marzahn, Arndt-Bause-Saal, Opettengala „Wieder mal ins Metropol?“. Das „Salonorchester Metropol“ vereint junge Gesangssolisten mit Solisten des ehemaligen Metropoltheaters zu einem Erinnerungskonzert, an das vor 20 Jahren abgewickelte Haus an der Friedrichstraße. Eine Veranstaltung der Musikalischen Komödie Berlin e. V., Kartenvorverkauf (Eintritt 18 Euro) unter 030 5427091/ticket@freizeitforum-marzahn.de

500 - die volle Wucht der Reformation

„Als Bürger sind wir verpflichtet, die Gesellschaft im Allgemeinen zu achten, alle Menschen für gleicher Art zu halten, als unsere Gefährten anzusehen, als Brüder ...“

König Friedrich II. von Preußen; genannt „Der Große“
* 1712 † 1786

Hinten links:**Zur NATO-Ost-Erweiterung**

Vorbemerkung: In der DDR seit 1951 als „Weltfriedenstag“

begangen, wird im Ergebnis der seit 1957 vom DGB propagierten Initiative „Nie wieder Krieg“ seit 1966 auch in der Bundesrepublik des 1. September (1939) gedacht.

1981 erklärten die Vereinten Nationen (UNO) den 21. September zum „Internationalen Tag des Friedens“.

1949 gründeten die USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und das Vereinigte Königreich (UK) von Großbritannien nach Artikel 51 der UN-Charta die NATO.

1952 traten die Türkei und Griechenland bei.

1955 wurde die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen.

1982 folgte, sieben Jahre nach dem Tode Francos, Spanien.

1990 mit Beitritt der DDR zur BRD war Ostdeutschland gewonnen, nachdem Gorbatschow die Zusage erhalten hatte, dass sich die NATO nicht über Deutschlands Grenzen weiter nach Osten hinaus ausdehnt. 1994 waren die russischen Truppen samt Atomwaffen komplett in ihre Heimat zurückverlegt.

1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei;

2004 folgten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien;

2009 Albanien und Kroatien;

als Partner/Beitrittskandidaten werden Georgien, Mazedonien und die Ukraine gezählt.

Frage

Wofür sind die US-Streitkräfte bis heute in Deutschland und Europa stationiert, stellen den SACE (Supreme Allied Commander Europe) und modernisieren derzeit ihre Atomwaffen?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **19.9., 26.9., 17.10.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **6.9., 4.10.** jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **7.9., 5.10.** jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» **7.9., 5.10.** jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Sprechstunden mit Petra Pau (MdB)

» **13.9., 13.30-15.30 Uhr**, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung: 030 99289380

Sprechstunden mit Dr. Manuela Schmidt (MdA)

» **21.9., 17-18 Uhr**, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunden mit Kristian Ronneburg (MdA)

» **jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 16-18 Uhr**, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt (MdA)**, Tel. 030 54980323, und **Regina Kittler (MdA)**, Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg (MdA)**, Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Öffnungszeiten: mo 12-15, di 10-15, do 15-19 Uhr

BBV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15-17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BBV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Kultur gibt's auch gratis

Der Verein KulturLeben Berlin - Schlüssel zur Kultur vermittelt **kostenlose Karten** für kulturelle Veranstaltungen an Menschen mit geringem Einkommen in ganz Berlin.

In der Marzahner Zweigstelle in den Räumen der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, Helene-Weigel-Platz 6, können sich Kulturinteressierte aus dem Bezirk jeden Freitag von 10-14 Uhr informieren und als Gäste registrieren lassen. Erforderlich ist lediglich ein Einkommensnachweis.

Postadresse: 10559 Berlin, Stephanstraße 13

Internet: www.kulturleben-berlin.de

Zweigstelle KulturLeben Berlin

FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf

Beratungstage: Jeden Freitag von 10.00 - 14.00 Uhr

Helene-Weigel-Platz 6, 12681 Berlin-Marzahn

Mail: mh@kulturleben-berlin.de

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin,

Tel.: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	10 - 17 Uhr
	Donnerstag	13 - 18 Uhr
	Freitag	10 - 13 Uhr

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 04.09.2017. Auslieferung ab: 05.09.2017. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 05.10. und 02.11.2017.